Wie kann Glaube Orientierung geben, wenn die Gesellschaft auseinanderdriftet? Ein Blick auf Freiheit, Fürbitte und den alten Auftrag, der Stadt Bestes zu suchen.

Vom Wert des Glaubens
Die Rolle des Christentums in pluraler Gesellschaft

von Ulrich H.J. Körtner [1]

I

Was hält unsere Gesellschaft, was unsere Demokratie noch im Innersten zusammen? Wie befinden uns weltweit in einer Zeit multipler Krisen, die den Zusammenhalt der einzelnen Gesellschaften wie auch der internationalen Völkergemeinschaft auf eine harte Probe stellen. Das erfüllt viele von uns mit großer Sorge. Es gibt eine Verschiebung vom Konsens zum Konflikt und erkennbare Tendenzen einer sozialen wie auch politischen und weltanschaulichen Spaltung der Gesellschaft. Innerhalb der westlichen, vom Erbe der Aufklärung und der Idee der freiheitlichen Demokratie geprägten Welt treten Risse auf, die sich im schlimmsten Fall zu unüberwindbaren Gräben vertiefen könnten, wenn sich die Kräfte, die auf Disruption und die Aufkündigung demokratischer Konsense setzen, weltpolitisch durchsetzen sollten.

Auch innerhalb Europas lassen sich Gefahren für die Demokratie erkennen, die nicht nur eine Staats-, sondern auch eine Lebensform ist. Gefahren drohen nicht nur von populistischen Kräften von rechts wie von links, sondern auch durch eine zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft. Pluralismus und Diversität, deren vielfältige Ursachen hier nicht im Einzelnen nachzuzeichnen sind, zeigen ein Doppelgesicht. Kulturelle, weltanschauliche und religiöse Vielfalt kann als Bereicherung, aber auch als Bedrohung empfunden werden. Populistische Programme, welche die Sehnsucht nach

Heimat und den vergangenen Zeiten einer homogenen Gesellschaft stillen wollen, reagieren auf identitätspolitische Konflikte. Gleichzeitig schüren sie diese aber und gefährden damit erst recht den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

II

Ein Reizwort in dieser Gemengelage ist der Begriff der Leitkultur. Manche lehnen ihn aus prinzipiellen Gründen ab. Tatsächlich ist er nicht unproblematisch, genauso übrigens, wie der Begriff der Wertegemeinschaft. „Werte", so warnt der Philosoph Krysztof Michalski, „verbinden nicht, Werte trennen." Auch der evangelische Theologe Eberhard Jüngel kritisiert die „Tyrannei der Werte", weil jedes Wertdenken seiner Tendenz nach eminent aggressiv sei. „Nicht das Sein der Werte" – so Jüngel –, „wohl aber die Realisierung der Werte führt leicht zum Rigorismus, ja Fanatismus im Blick auf einen bestimmten Wert." Die Rhetorik der Werte führt dazu, Ethik „als Mittel des ‚Rechthabens'" einzusetzen (Max Weber). Die Berufung auf Werte führt zur Abgrenzung gegenüber irgendwelchen „Anderen", die aus der eigenen Gemeinschaft ausgeschlossen werden; „erst durch diese Ausschließung" – so nochmals Michalski – „wird eine bestimmte, wird jede menschliche Gemeinschaft zu dem, was sie ist, bekommt sie ihren spezifischen Charakter".

Gleichwohl halte ich eine breite Debatte darüber, was unsere kulturell und weltanschaulich plurale Gesellschaft im Innersten zusammenhält, durchaus für wünschenswert. Was sind die Ligaturen (Rolf Dahrendorf) eines modernen, säkularen Österreich oder Deutschland, die längst zu Einwanderungsländern geworden sind? Was sind die inneren Bindekräfte in Europa und der Europäischen Union? In früheren Epochen spielte die Religion eine dominante Rolle, so wie dies in islamischen Ländern auch heute noch der Fall ist. Im sogenannten christlichen Abendland waren Kirche und Christentum die staatstragende Religion.

Das hat sich in Folge von Aufklärung, Französischer Revolution und der politischen Umwälzungen der zurückliegenden beiden Jahrhunderte grundlegend geändert. Aber auch die Zeit der großen säkularen politischen Ideologien ist vorüber. Gleichwohl bleiben auch der säkulare, demokratische Rechtsstaat und eine pluralistische Gesellschaft auf Bindekräfte angewiesen, die über die bloße Befolgung von Rechtsvorschriften und materielle Bedürfnisbefriedigung hinausgehen. Das Christentum kann hier eine gemeinwohlfördernde Rolle spielen.

Der katholische Theologe Paul Michael Zulehner unterscheidet allerdings zu Recht zwischen „christlich" und „christentümlich". Wer den umstrittenen Begriff einer Leitkultur auf christliche Feiertage, Sonntagsruhe und Gipfelkreuze reduziert, entleert das Christentum, das alle kulturellen und nationalen Grenzen übersteigt und dessen Ethik der Nächsten-, Fremden- und Feindesliebe in der Nachfolge Christi universalistisch ist. Solidarität mit den Schwachen, die es übrigens nicht nur an den Rändern der Gesellschaft, sondern auch in ihrer Mitte gibt, Achtung und Wertschätzung statt Ausgrenzung und die Beteiligung an der Suche nach dem, was dem Gemeinwohl dient, gehören – ungeachtet der massiven Krise der Kirchen – zu den Prägekräften des Christentums. Sie gilt es zu stärken. Hier kommt es auf jeden Einzelnen, aber auch auf die Kirchen und ihre Gemeinden an.

III

Beginnen wir daher mit der Frage, was die plurale Demokratie im Innersten zusammenhält, bei uns selbst. Was verbindet Christenmenschen in der Demokratie, und was verbindet sie in der Kirche? Es sind nicht gemeinsame Werte, wenn sie für sich genommen werden, und sei es auch die Überzeugung von der Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Hochachtung der Menschenrechte, so gewiss sie aus unserem christlichen Glauben folgt. Schon gar nicht heißt unser Glaube Demokratie, wie der Slogan der NEOS einer der jetzigen Regierungsparteien in Österreich

lautet, um ein Unterrichtsfach Demokratie in den Schulen einzuführen.

Was Christenmenschen verbindet, ist Gott, der in Christus Mensch geworden ist, gekreuzigt und von den Toten auferweckt wurde. Was sie verbindet, ist der Geist Gottes, der im Glauben wirksam ist. Was sie verbindet, ist die Taufe auf den dreieinigen Gott. Getragen von der Gewissheit, dass Gott Menschen verbindet und in der Welt als seiner Schöpfung wirkt, sollen und wollen sich auch Christenmenschen als Bürgerinnen und Bürger im demokratischen Gemeinwesen und für die Demokratie als Regierungs- und Lebensform einsetzen.

Dass es der gemeinsame Glaube ist, der in der Kirche verbindet, und nicht Werte oder politische Überzeugungen, nötigt zu einer wichtigen Unterscheidung. In ihrer Verkündigung gibt die Kirche „menschlicher Verantwortung ein geistliches Fundament. Politische Überzeugung und christlicher Glaube sind" jedoch „nicht identisch", wie es in der 1985 veröffentlichten EKD-Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie" heißt. „Damit Leben und Handeln in der menschlichen Freiheit bleiben, auf welche die Demokratie gründet, muß die Kirche über diesen befreienden Unterschied wachen."

Die Bejahung der Demokratie, einer freiheitlichen Rechtsordnung und der Einsatz für ihre Verteidigung durch die Kirchen ist nicht damit zu begründen, dass es sich um eine christliche Staatsform handelt, auch nicht mit dem Hinweis auf demokratische Strukturen in der presbyterial-synodalen Verfassung evangelischer Kirchen und der Idee des Priestertums aller Gläubigen. Der moderne demokratische Staat ist ein säkulares Gebilde. Sein Recht geht vom Staatsvolk, nicht von Gott aus. Es gibt aber Konvergenzen zwischen moderner Demokratie und Menschenrechten auf der einen und dem christlichen Glauben und dem Evangelium auf der anderen Seite. Als Lebensform ist die Demokratie eingebettet „in eine politische Kultur, in der die Bürgerinnen und Bürger sich gegenseitig als Freie und Gleiche anerkennen und achten. […] Eine solche politische Kultur ist", wie es in einem Impulspapier der Evangelischen Kirche in Deutschland aus dem Jahr 2017 heißt, „nicht selbstverständlich gegeben, sie muss immer wieder neu errungen und verteidigt werden. In diesem Auftrag erkennen Christinnen und Christen ihre eigene, im befreienden Evangelium von Jesus Christus verankerte Berufung wieder."

IV

Drei Bibelworte sind es, die ich in diesem Zusammenhang für wegweisend halte. Das erste finden wir bei Paulus im Galaterbrief. Er schreibt: „Zur Freiheit hat uns Christus befreit! So steht nun fest und lasst euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen!" (Gal 5,1) Das Evangelium von Jesus Christus und von der anbrechenden Gottesherrschaft ist eine Botschaft der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit. Unbeschadet der antikirchlichen, um nicht zu sagen auch christentumsfeindlichen Tendenzen der Französischen Revolution, besteht doch zwischen der revolutionären Parole von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – bzw. Geschwisterlichkeit – und der Freiheitsbotschaft des Evangeliums eine grundlegende Nähe.

Freiheit im christlichen Sinne ist freilich eine Gabe Gottes, weil wir, die wir in unserer Selbstsucht und Gottvergessenheit verstrickt sind, zu ihr allererst befreit werden müssen. Auch ist in der Kirchengeschichte immer wieder die Versuchung präsent gewesen, die durch Christus geschenkte Freiheit auf das Gebiet der religiösen Innerlichkeit zu beschränken, statt ihre gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen ernst zu nehmen.

Freiheit im Sinne des Evangeliums ist zu unterscheiden von modernen Freiheitsvorstellungen, die auf einen radikalen Individualismus hinauslaufen, der die persönlichen oder Gruppeninteressen über das Gemeinwohl stellt. In der Kirche als Leib Christi lässt sich Freiheit nur in Gemeinschaft realisieren. Freiheit geht mit Liebe und Verantwortung einher. Sie weiß sich verpflichtet, die

Freiheit des Anderen zu achten und zu schützen, so wie es Paulus im Konflikt zwischen der im Glauben vermeintlich Starken und Schwachen in Korinth vorführt. Kongenial schreibt Luther, dass ein Christenmensch ein freier Herr und niemandem untertan ist, zugleich aber ein Knecht und jedermann untertan.

Christen bejahen den Staat im Sinne von Römer 13 als göttliche Anordnung. Er hat, wie es in der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 heißt, die Aufgabe, „in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“ (Barmen V). Wenn wir freilich heute von dieser dem Staat „nach göttlicher Anordnung“ zukommenden Aufgabe sprechen, „dann richtet sich diese ‚Anordnung‘ in einer Demokratie in erster Linie an die politische Verantwortung der Bürger, die den Staat bilden. Die Art und Weise, wie der Staat durch die Staatsorgane seine Aufgabe wahrnimmt, ist von der politischen Verantwortung der Bürger abgeleitet; sie ist ihr nicht übergeordnet“ (EKD-Denkschrift „Evangelische Kirche u. freiheitliche Demokratie“ [1985], S. 17).

V

Zur politischen Verantwortung der Bürger gehört nach christlichem Verständnis auch das Gebet. Damit komme ich zu dem zweiten angekündigten Bibelwort. Der 1. Timotheusbrief fordert die Christen vor allen anderen Dingen „Bitte, Gebet, Fürbitte und Danksagung für alle Menschen“ tun sollen, auch „für Könige und für alle Obrigkeit, damit wir ein ruhiges Leben führen können in aller Frömmigkeit und Ehrbarkeit“ (1Tim 2,1f.)

Das klingt auf den ersten Blick nach einem Rückzug in die fromme Innerlichkeit und einem verbürgerlichten Christentum. Aber man lese genau! Die Bitte für Könige und alle Obrigkeit steht nicht an erster, sondern an zweiter Stelle. An erster steht die Bitte, das Gebet, die Fürbitte und die Danksagung für alle Menschen! Bitte, Fürbitte und Danksagung – notabene – für alle! Also nicht nur für Gemeindemitglieder, auch nicht nur für Menschen mit deutschem oder österreichischen Pass, sondern wirklich für alle, die in diesem Land leben! Und auch nicht nur für die, denen wir uns weltanschaulich, kulturell oder sonstwie verbunden fühlen, sondern auch für die, die uns weniger nahestehen. Auch für die, die uns nicht sympathisch sind. Auch für die, die politisch anders denken als wir. Auch für den politischen Gegner, mit dem wir zwar gehörig streiten können, den wir aber nicht zum vernichtungswürdigen Feind erklären dürfen.

Wer so für anderen betet, wird damit auch zu einem diesem Gebet entsprechenden Leben und Handeln zugerüstet. Und in diesem Sinne ist es eine höchst politische – um nicht zu sagen demokratiepolitische Aufgabe, unsere Politikerinnen und Politiker im doppelten Sinne des Wortes ins Gebet zu nehmen. Eben: für sie, die als vom Volk gewählte in unser aller Namen bereit sind, politische Verantwortung zu tragen. Mit dem Gebet für diese Menschen verträgt sich Politikverachtung und Politikerverachtung nicht. Politiker ins Gebet nehmen heißt aber auch, dass die Kirche und einzelne Christenmenschen öffentlich das Wort in politischen Fragen ergreifen, ohne in Parteipolitik zu verfallen.

VI

Und damit komme ich zum dritten Bibelwort. Es ist das bekannte Prophetenwort aus Jeremia 29,7: „Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum Herrn; denn wenn’s ihr wohlergeht, so geht’s auch euch gut.“ Diese Aufforderung geht an die Jüdinnen und Juden im babylonischen Exil. Sie sollen für die fremde Stadt und ihre Bewohner beten, die Stadt ihrer Feinde, die fremde Götter verehren! Um wieviel mehr gilt dieses Wort uns in unserem

demokratischen Staat. Im Beten und im Tun sollen Christenmenschen dem Gemeinwohl dienen und auf das Wohl des Ganzen bedacht sein.

In Zeiten sich verschärfender gesellschaftlicher und politischer Konflikte ist die Mahnung des Propheten Jeremia alles andere als trivial. In der Demokratie ist der Konflikt eigentlich der Normalfall. Konflikte lassen sich aber zivilisiert und demokratisch nur auf dem Boden eines Grundkonsenses ausfechten, bei dem nicht Einzel- und Gruppeninteressen über dem Staatsganzen stehen. Der Stadt Bestes zu suchen schließt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, zum Miteinander und auch zum Kompromiss ein. Gewiss gibt es faule Kompromisse, nicht nur in der Politik. Aber es gibt auch eine Würde des Kompromisses, die aus der Einsicht herrührt, dass wir alle nicht nur irrtumsfähig sind, sondern auch zum Bösen fähig und auf Gottes Vergebung angewiesen sind.

Die Freiheit, zu der wir befreit sind, das Gebet für das Gemeinwesen und alle, die darin leben, sowie die Bereitschaft, der Stadt Bestes zu suchen – das ist der Dreiklang, wenn es darum geht, aus christlicher Verantwortung alle Kräfte zu stärken, die das Verbindende in der Demokratie über das Trennende stellen.

Endnote

1. Referat auf der Veranstaltung „Vom Wert des Glaubens. Die Rolle des Christentums in pluraler Gesellschaft“ (mit Detlef Pollack, Ulrich H.J. Körtner und Regina Polak) an der Universität Graz (Institut für Moraltheologie), 13.11.2025.
   ↑

Forum Kirche & Theologie e. V.

Sitz: Leipzig, VR-Nr. 8021

Funkenburgstraße 27
04109 Leipzig
info@forumkth.net

IBAN: DE47 8605 5592 1090 3536 65 BIC: WELADE8LXXX Sparkasse Leipzig

Impressum/Datenschutz